

habe das Exekutivkomitee der Wiener Arbeitsgemeinschaft kein Mandat erhalten; was es erstrebe, sei eine Wiedervereinigung aller internationalen Organisationen, während die Labour Party einen solchen Versuch nach der Richtung der Kommunistischen Internationale nicht vorschläge und an die italienische Partei nicht gedacht habe (letzte Behauptung beruht übrigens auf einem Irrtum); das einzige, wozu sich die „Zweieinhalb“ bequemen würde, wären gemeinsame Aktionen von Fall zu Fall über einzelne konkrete Fragen. In seiner Antwort hat Henderson noch einmal mit schlagender Deutlichkeit den Standpunkt der „Zweiten“ festgestellt und die Schuld der „Wiener“ an der Ergebnislosigkeit dieses neuesten Annäherungsversuches nachgewiesen.

Von den Unterhändlern der Wiener Arbeitsgemeinschaft hat sich bisher nur Longuet im „Populaire“ vom 26. Oktober zu dem Ausgang der Londoner Verhandlungen geäußert. Er versucht, das von der Labour Party vorgeschlagene Vorgehen zu ironisieren: Henderson und seine Freunde hätten als „notwendig und ausreichend“ erachtet, einen Kongress nach London in einigen Wochen einzuberufen oder fogelich die beiden Internationalen aufzulösen und „eins, zwei, drei“ jene neue Internationale zu gründen, die alle Arbeiterparteien mit Ausnahme der Kommunisten enthalten hätte. Und nun schreibt Longuet wörtlich:

„Das war einfach und schnell. Viel zu einfach und viel zu schnell in Anbetracht der außerordentlichen Komplexität dieses Problems und der erheblichen Schwierigkeiten, die es in den meisten Ländern des europäischen Kontinents und Amerikas — zum Unterschied von England — bietet.“

So viel Worte, so viel leere Redensarten. Es war in der Tat möglich, „eins, zwei, drei“ aus zwei Internationalen, zwischen denen es überhaupt keine prinzipiellen und tatsächlichen Gegensätze mehr gibt — namentlich seitdem die deutschen Unabhängigen die Koalitions-politik für eine Frage der Taktik, nicht des Prinzips, erklärt haben —, eine einzige zu machen, und zwar war das von Henderson vorgeschlagene Vorgehen das einfachste und das schnellste.

Der dieses Vorgehen ablehnt mit der Begründung, daß damit die absolute Einigung, also die Einigung mit Moskau, nicht hergestellt wird, der will offenbar die Einigung überhaupt nicht. Oder glaubt etwa ein Anhänger der Wiener Arbeitsgemeinschaft, daß es möglich sein wird, die Einigung mit den kommunistischen Internationalen in absehbarer Zeit zu erreichen? Die Parteien der Dritten Internationale gehen immer mehr im Anarchismus unter. Will die Wiener Arbeitsgemeinschaft diese reinliche Scheidung, die die geistigen Väter der Internationale, Marx und Engels, für so unerläßlich hielten, daß sie ihr eigenes Werk verschlungen, wieder verwischen und die sofort erreichbare Einigung aller marxistischen Sozialisten einer in weiter Ferne liegenden und höchst problematischen Verschmelzung mit den Neobakuninisten opfern?

Zur gleichen Zeit, als gegenüber dem klaren Vorschlage der Engländer die „Wiener“ sich mit solchen Haaspalastereien befähigen, wurde zwischen Berlin, Wien und Prag zwischen zwei Parteien der „Zweiten“ und drei Parteien der „Zweieinhalb“, binnen wenigen Stunden eine gemeinsame Rundgebung und gemeinsames Handeln beschlossen gegen die durch die Rückkehr des Habsburgers nach Ungarn neuerlich akut gewordene Gefahr der Gegenrevolution: Niemand hat dabei auch nur eine Sekunde daran gedacht, sich mit den kommunistischen Wirtelöpfen darüber zu verständigen.

Die Ausreden Longuets sind so nichtslegend, daß man annehmen muß, daß irgendwelche Motive, die er nicht aussprechen kann und will, sich hinter diesem ablehnenden Verhalten der Wiener Arbeitsgemeinschaft verbergen: vielleicht betrachten die Franzosen und die Unabhängigen die Einigung aller Sozialisten deshalb als „vorzeitig“, weil sie in den nächsten Monaten einen Zuwachs von kommunistischer Seite erhoffen: die französische Kommunistenpartei, deren Führer in allerhand dunklen Korruptionsgeschichten verwickelt sind, geht

ihrer Auflösung entgegen, ebenso rechnet man vielleicht auf eine Entwicklung der „Kommunistischen Arbeitsgemeinschaft“ Paul Levis nach rechts?

Jedenfalls ist durch das Verhalten des Wiener Exekutivkomitees die Wiederherstellung einer einigen sozialistischen Internationale, die schon jetzt möglich war und ist, um einige weitere Monate verzögert worden. Die deutschen Unabhängigen haben unserem Parteitag in Götting vorgeworfen, daß er die Schaffung der Koalition mit der Deutschen Volkspartei höhergestellt habe, als die fortschreitende Einigung der deutschen Arbeiterklasse. Auch wer in unserer Partei gerade von diesem Gesichtspunkte aus Bedenken gegen den Göttinger Beschluß bzw. gegen die Art, wie er von gewissen Seiten begründet wurde, ebenfalls hat, kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß manches schwerwiegende Argument für den Göttinger Beschluß sprach. Was sich aber in London abspielte, ist das internationale Gegenstück zu Götting. Denn dort wurde eine sofort zu erreichbare internationale Einigung mit Rücksicht auf die Kommunisten durch die Vertreter der Internationale Zweieinhalb vereitelt. Es ist notwendig, daß die deutsche Arbeiterklasse darüber unterrichtet wird, und da kaum anzunehmen ist, daß die Argumente, die der in London gewesene Vertreter der USPD vorbringen wird, stichhaltiger sein werden als die gewundene Rechtfertigung Longuets im „Populaire“, so kann man schon jetzt behaupten, daß die internationale Einigung der sozialistischen Arbeiterklasse überflüssig verzögert worden ist.

Die Regierungsumbildung in Preußen.

Die „Kreuzzeitung“ regt sich in einem Artikel, der die preußische Regierungsfrage behandelt, schrecklich auf. Sie meint, es zeige sich immer deutlicher, daß Preußen mit Gewalt zur Hausmacht des Sozialistenkanzlers Bismarck und des Parteipräsidenten Ebert gemacht werden solle. Das preußische Volk, der preußische Landtag und der preußische Ministerpräsident würden einfach vergewaltigt. — Wir verstehen nicht recht, warum die deutschmonarchistische „Kreuzzeitung“ den preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald plötzlich als Heiligen schildert. Wir fühlen uns aber nicht berufen, das aufzuklären. Uns scheint viel wichtiger, daß Stegerwald selbst in einem Interview, das er gestern dem Chefredakteur des „Deutschen“ gewährt hat, erklärte:

„In Preußen ist durch die Vorgänge im Reich die bisherige politische Regierungsbasis erschüttert. Die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preußische Regierung ist jetzt sowohl ein Gebot politischen Anstandes als auch der Staatsnotwendigkeiten. Der Sozialdemokratie kann nicht zugemutet werden, im Reich in allen entscheidenden Stunden in die Bresche zu springen, in dem größten Bundesstaat dagegen von der unmittelbaren Mitwirkung an den Staatsgeschäften ausgeschlossen zu bleiben. Wir stehen zudem vor einem sehr schlimmen Winter und vielleicht vor einem noch schlimmeren Frühling. Unter diesen Umständen wird die Einbeziehung der Sozialdemokratie in die preußische Regierung bald erfolgen müssen.“

Wir erkennen diese politische Einsicht gern an. Sie hat leider nur bedingtes Gewicht, weil der preußische Ministerpräsident immer noch meint, daß es keine andere Regierungsmöglichkeit gibt als die der „großen Koalition“.

Die Justiz hat versagt.

Die Erschießungen in Mitteldeutschland.

Die Freitag-Sitzung des Untersuchungsausschusses forderte ähnliche Ergebnisse zutage wie die am Donnerstag. Nach dem Fall Staube, über den bereits berichtet wurde, unterfuhr der Ausschuss die Erschießungen, die sich an das Gesetz von Bismarck anschließen. Zeuge Heinrich Behmann hat als Schutzpolizeibeamter an dem Gesetz teilgenommen. Er berichtet über die Erschießung des Amtsvorstehers von Teubitz. Dieser ist einer Gruppe vorgeführt worden, die aus dem Leutnant v. d. Tann und zwei holländischen Zeitfreiwilligen bestand. Leutnant v. d. Tann

beschimpfte den Gefangenen furchtbar und gab dann den Befehl, ihn dem Hauptmann vorzuführen. Leise aber sagte er den abführenden Schutzpolizisten: „Ihr nehmt den Weg durch den Hofweg und dann...“, dabei machte Leutnant v. d. Tann mit dem Zeigefinger

Die Bewegung des Gewehrabdrückens.

Der gefangene Amtsvorsteher mußte dann vor den drei Schutzpolizisten hergehen. Etwa hundert Meter entfernt, vergrößerten diese den Abstand. Der Gefangene ging weiter, blieb aber ein paar Mal stehen und drehte sich um, dann fiel ein Schuß und der Gefangene sank tot zu Boden. Leutnant v. d. Tann hat auf ähnliche Weise schon vorher einen anderen Gefangenen beiseite lassen wollen. Es war dies ein Schutzpolizeibeamter der Technischen Hundertschaft, der vorher von den Kommunisten als Geisel verschleppt worden war. Weil er über seine Behandlung bei den Kommunisten nicht unangenehm ausfiel, hielt ihn v. d. Tann für einen Spion. Auch bei seiner Abführung machte v. d. Tann die Bewegung mit dem Zeigefinger. Zufällig kam ein Beamter der Technischen Hundertschaft vorbei, der den Gefangenen als Kameraden erkannte, wodurch dieser gerettet wurde.

Es folgt der Fall der Erschießung des Ortsvorstehers Müller im Klostermannsfeld. Schutzpolizeimeister Feige und seine Frau haben als Zeugen von dem Fenster ihrer Wohnung aus gesehen, wie Müller aus dem erleuchteten Hotel „Deutscher Kaiser“, dem Standort der Schupo, um 11 Uhr nachts mit starker Bedeckung abgeführt wurde. Bald darauf fielen Schüsse. Müller wurde später als Leiche gefunden.

Ueber die Erschießung des Ortsvorstehers Rosenhauer in Ohmünde sagt der Zeuge Richterberger aus, der der Schutzpolizei angehört hat. Rosenhauer mußte während des Transports auf einen Aker gehen. Da gerade ein paar Telegraphenarbeiter vorbeikamen, ließ man ihn wieder zurückkommen. Als die Arbeiter fort waren, mußte Rosenhauer wieder auf den Aker und wurde dort erschossen. Ferner hat Richterberger gesehen, wie ein Wachmeister einen anderen Gefangenen erst geohrfeigt und dann mit dem Revolver erschossen hat. Auch dieser Zeuge bezeugt den Leutnant v. d. Tann sehr schwer. Im Zeugnis habe v. d. Tann einen Gefangenen eigenhändig erschießen wollen und, als der Hauptmann ihn daran hinderte, mit einem Blick auf die Wachmeister gesagt:

„Na, das werden es andere besorgen.“

Der Zeuge hat dann seine Kameraden von der Erschießung abgehalten. Er führt seine Entlassung aus der Schutzpolizei darauf zurück, daß er sich mißbilligend über die Erschießungen geäußert habe.

Damit ist die Vernehmung der Zeugen beendet. Abg. Klink stellt den Antrag, zu diesem Thema noch weitere Zeugen zu vernahmen. Staatskommissar Dr. Welsmann, der schon vorher im Auftrage der Regierung erklärt hatte, daß der Minister des Innern auf Grund der gestrigen Verhandlungen sofort den Justizminister um Untersuchung der neu bekanntgewordenen Fälle ersucht habe, vertritt den Standpunkt, daß die weitere Untersuchung der Staatsanwaltschaft überlassen werden solle. Abg. Kaufmann (Dnat.) und Heiderich (DVP.) pflichten dem bei, von der Linken wird sehr heftig widersprochen. Von Seiten der Linken wird namentlich ausgeführt, daß die bisherigen Verhandlungen ein

vollkommenes Versagen der Justiz

ergeben habe. Obwohl schon Monate seit dem Märzaufruhr verstrichen sind, seien die meisten der hier gehörten Zeugen noch nicht einmal gerichtlich vernommen worden. Dabei habe Rechtsanwalt Hegewisch als Vertreter der Hinterbliebenen die Namen der Zeugen der Staatsanwaltschaft mitgeteilt. Die krassesten hier aufgedeckten Erschießungsfälle hat die Staatsanwaltschaft

überhaupt nicht in Vorbereitung genommen.

Der Vorsitzende führte aus, daß der Ausschuss den Bericht nicht vorlegen wolle. Aber die bisherigen Ermittlungen hätten zweifellos wichtiges Material für neue gerichtliche Untersuchungen gefördert. Wenn der Ausschuss weiter in der Lage sei, den Justizbehörden neue Anhaltspunkte für die Untersuchung zu bieten, so könne er sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Der Vorsitzende schlägt vor, die Befehlshaltung über den Antrag Klink auszusprechen bis die neuen Beweisanträge formuliert sind. Der Ausschuss beschließt dementsprechend.

Von den sozialdemokratischen Mitgliefern des Ausschusses ist ein Antrag Drescher und Genossen eingegangen, auf Grund der bisherigen Ergebnisse durch den Landtag an das Staatsministerium folgendes Ersuchen zu stellen: 1. mit aller Beschleunigung Ermittlungen darüber anstellen, welche Abteilungen der Schutzpolizei bei den in Frage kommenden Vorfällen

Nordwestdeutscher Bauernspuß.

Von J. Kliche.

Die Erde zwischen Bremen und Wilhelmshaven. Aus den feuchten Marschenwiesen steigen graue Nebelmassen. Dicht und schwer lagern sie an den Vormittagen über dem breiten Küstenstrich. Gegen Mittag verstreicht sie die milde Spätherbstsonne ein wenig, aber des Abends fordern sie wieder ihr altes Recht.

Auf den herbstbelaubten Wiesen weidet Vieh aller Arten. Pferde und Rinder, Schweine und Schafe. Kneipig und voller Kraft. Nordwestdeutscher Bauernspuß. Die großen Pferde und Rinder, die Schafe und Schweine sind durchweg ohne Aufsicht. Und Tag und Nacht vagabundieren sie auf den nassen Wiesen umher. Fast nie kommt ein Stück abhanden. Das ist so seit altersher und ist auch so geblieben heutzutage.

Die Menschen, die in den umliegenden Städten wohnen, in Bremen und Emden, in Aurich und Oldenburg, in Wilhelmshaven und anderswo, sie haben keinen Nutzen von dem Vieh und Gedeihen all der fetten Tiere. Der Marschenbauer hat gute Abfuhrquellen. Aus dem besetzten und unbefetzten Industriegebiet tummeln sich die Bucheragenten ins Land und zahlen im Grunde mit den Aufkäufern von den nahen frischen Ansen Preise, bei deren Nennung jedes Bauernherz vor Freudens Tanga tanzt. So ist es mit dem Vieh, so ist es mit der Butter, den Eiern, den Kartoffeln.

Ganz schlicht und zaghaft hatte die oldenburgische Regierung verfügt, daß der Bezugspreis für Kartoffeln nicht über fünfzig Mark den Zentner betragen dürfe. Darauf Boykott aus der ganzen Linie. Große Bauerndemonstration (unter parteipolitischer Führung versteht sich) in der ehemaligen „Reifend“, deren Ministerialgebäude heute wie vor grauen Zeiten die schöne „großherzogliche“ Inschrift trägt. Die Regierung gab klein bei und zog die fünfzig-Mark-Verfügung zurück. Die Bauern aber die Bauern nicht nur das Heft, sondern auch die strotzenden Kartoffelsäcke in den Händen halten.

Soll und selbstbewußt, mit festlich geschmückten Reitern und Musikanten voran, zog das zu Tausenden zum „großen Bauerntag“ in die Stadt gekommene agrarische Landvolk durch die Straßen Oldenburgs. „Wir sind da, wer will uns was? Poh Wetter, es lebe der Bauernmann!“ Von einem erzählt man, er sei durch die Straßen der Stadt gefahren und habe in einem Fenster irgend etwas Grobes, Kastenähnliches gesehen. Darauf zum Geschäftsinhaber: „Wat kost de Kommod?“ Und dieser: „Das ist keine Kommode, das ist ein Konzertflügel, kostet zehntausend Mark.“ Darauf wieder der Bauer auf seinen Wagen weisend und die Briefstafel ziehend: „Na, da schmeiß mi doch dat Ding hinten ruff!“

In einer Ecke standen verkümmerte Arbeiterfamilien. Als der Bauernzug vorüber kam, hielten alle den Bauern leere Kartoffelsäcke entgegen. Eine schweigende Demonstration, die die Bauern wenig anstößt. „Wat feert mi dat!“

Das Ganze ein nachrevolutionärer Spuß wirtschaftlicher Art. Eine Schaukelung der Leute aus den Rebsäckern. „Wi wullt einfach nicht!“ In der Tat, sie wollen nicht. Was helfen da die Schreibereien von dreihundert Geheimräten? Was die (nicht bil-

ligen) Zusammenkünfte von zwei Duzend Ernährungsministern? Sie wollen nicht; und die vielgenannte Erfassung der Goldwerte? Nun sie vertrauen auf den Gulasch Stresemann. Der wird schon, meinen sie, dafür sorgen, daß sich so mancher in grauen Nebel und blauen Dunst verflüchtigt.

Die gleiche Hoffnung legen die auf Helgoland, auf Wangeroog und Spideroog, auf Borkum und auf den anderen benachbarten ostfriesischen Inseln verbliebenen Goldwertbesitzer. Sie trinken steifen Wrog und schweren holländischen Doornkaat und fühlen sich, trotz Erzbergers Steuerreform und trotz allen Küstennebels von seinen Sorgen und Nöten bedrückt.

Musikalische Kammerstücke. (Schillerfaal.) Die musikalischen Hauskommoden Dr. Erich Fischers haben sich bei einem feinsinnigen Publikum schon längst eingebürgert. Die Handlung dieser kleinen Lustspiele ist meist sehr einfach, aber psychologisch und gefühlsmäßig sehr vertieft. Der Wit und Humor ist frisch und originell, niemals von der Selbstheit und der dummen Dreistigkeit unserer Operettenmacher angekränelt. Helene und Erich Fischer haben auch heute wieder in dem „Alten Diener“, dem „Herrn Doktor“ und dem „Roman in der Wäsche“ absolut Wertvolles geschaffen. Und die von Erich Fischer dazu zusammengestellte und bearbeitete Musik von Offenbach, Schubert und Dittersdorf klang im Schillerfaal wieder neu und aktueller als die meisten „Perlen“ unserer besten Operettenmacher. Und wie amüsiert sich das Publikum! Da ist auch nicht ein Hauch literarischer Ausgrabungshochachtung, die so oft dämpfend wirkt. Man hatte wirklich Mühe, gestimmt und anständig zu bleiben bei diesen unüberhörlichen Heiterkeitsausbrüchen. Die Regie von Herbert Reustadt war vortrefflich, das Klavierspiel von Ernst Balopp charakteristisch, entbehrte aber etwas der feineren Kultur, dafür war seine musikalische Leitung ohne Tadel. Der Vörsenanteil unter den Darstellern gebührt der mit Humor unerschöpflich begabten Claire Jache. Wenn ihre Stimme auch nicht ganz in Schönheit getaucht ist, so verrät sie doch viel Schulte, und der musikalische Ausdruck trifft den innersten Kern. Dazu äußerster Sicherheit und eine Darstellungsart, die nur wenig ebenbürtige Rivalen hat. Ein famoser Partner war ihr nach beiden Richtungen Max Mensing. Die Damen Paech und Seibb, sowie Herbert Reustadt boten treffliche Mithilfe, namentlich die erstere mit ihrem klangvollen Mezzosopran.

„Wie trete ich aus der Regierung aus?“ Unter diesem Titel läßt der Vorstand der Deutschen demokratischen Partei einen Zeitfaden erscheinen, der wegen seiner neuen, eigenartigen Gesichtspunkte allgemeine Beachtung verdient. So wird darin gesagt: „Beim Austritt aus einer Regierungskoalition bringe man darauf, sämtliche bisherigen Ministerposten zu behalten, falls man nicht vorzieht, noch einige dazu zu beanspruchen. Nur so wird der Austritt vollen sachlichen und moralischen Erfolg erzielen. Bezieht man sich zugleich mit dem Austritt in entscheidende Opposition, so verabsäume man nicht, wenigstens die Minister der eigenen Partei auf ihren Posten zu lassen, die sich bisher durch sachliche Unfähigkeit ausgezeichnet haben. Die Opposition

beweist man dadurch, daß man den sachlich tüchtigen Männern den Eintritt in die Regierung verbietet.“ Goldene Worte spricht der Zeitfaden auch über das Wesen der Koalition: „Eine Koalition auf möglichst breiter Grundlage ist immer das noch außen zu verständigende Prinzip. Das darf jedoch nicht hindern, in der Praxis auf möglichst kleine Koalitionen hinzuwirken, weil hierdurch die Anzahl der auf die eigene Partei entfallenden Minister größer ausfällt. Erklärt man z. B. für Deutschlands einzige Regierung die Koalition von der Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, so bleibt man unter der Hand dem Zentrum an, mit ihm allein eine kleine Mittelkoalition zu bilden.“

Dem Zeitfaden ist ein Anhang beigegeben: „Wie lehne ich ein Ultimatum ab?“ Hier heißt es: „Eine Politik der Verständigung nach außen hin erscheint immer als das Gegebene. Zwingt diese Politik jedoch dazu, einen für das eigene Land unangenehmen Vertrag zu unterschreiben, so rette man sich durch einen gewaltigen Sprung aus der Regierung. Nach gescheiter Flucht kann man wieder in die Regierung eintreten, sobald die anderen unterschrieben haben. Man richte es stets so ein, daß der Regierungsaustritt bei solchen Anlässen nie länger als vierzehn Tage dauere.“ Sehr beachtenswert sind auch die Ausführungen über Entsendung von Kommissaren: „Gegen eine solche Entsendung erhebe man flammenden Protest. Man fürze jede Regierung, die Kommissare entsenden will. Haben jedoch die anderen die Entsendung eines Kommissars beschlossen, so sorge man dafür, daß dieser aus den Reihen der eigenen Partei entnommen wird.“

Ueber dem Zeitfaden stehen als Motto die Worte: „Grundfällige Politik ist die Kunst, aus Angst vor der Agitation der anderen bewußt das Falsche zu tun.“ Der Zeitfaden schließt mit den Worten: „Kopf hoch, in Deutschland ist noch niemand an Väterlichkeit gestorben.“

Rich. v. Lindenheiden.

Amerikanische Hygiene im Film. Seine Gesundheitsbehörde der Welt hat wohl die hervorragende Bedeutung des Films für die hygienische Volksaufklärung früher und besser erkannt als die des Staates New York. Eine Anzahl neuer hygienischer Filme, die in jüngster Zeit von den amerikanischen Gesundheitsämtern erworben wurden, behandeln nach der „Mensch. Wochenschrift“ Mundhygiene, Augenschutz für die Jugend, Hülfsbekämpfung, gesunde Wasserversorgung. Diese Filme werden kostenlos verliehen. Eine andere wirksame Maßnahme der hygienischen Volksaufklärung besteht in der in allen größeren Städten durchgeführten Einrichtung volkshygienischer Kurse, die etwa eine Woche dauern und aus Vorträgen sowie Demonstrationen auf dem Gebiete der Kinderhygiene, Ernährung, Gesundheitsverwaltung usw. bestehen. Auch bei diesen Kursen spielt der Film eine bedeutende Rolle.

Fortbildungskurse für Lehrer und Lehrerinnen Groh. Berlin. Die staatliche Kammer für den naturwissenschaftlichen Unterricht veranstaltet in diesem Winter 18 methodische und naturwissenschaftliche Lehrgänge, zum Teil für Lehrer und Lehrerinnen an allen Arten von Schulen, zum Teil insbesondere für Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Schulen. Die Lehrgänge dauern in der Regel 13 Wochen, eine vollständige Teilnahme wird an alle Schulen Groh-Berlin verlangt. Meldungen zur Teilnahme sind mündlich von 11-4 Uhr (Sonntags 11-2 Uhr) oder schriftlich an die staatliche Kammer, Berlin W. 35, Potsdamer Straße 129, zu richten.

beteiligt gewesen sind, 2. ebenso beschleunigt zu ermitteln, welche Beamten sich rechtswidrige Handlungen haben zuschulden kommen lassen oder als Vorgesetzte geduldet haben, 3. für schuldig befundene Beamte aus der Schulpolizei rückstandslos zu entfernen, 4. in allen Fällen, wo Verstöße gegen das Strafgesetz vorliegen, die Staatsanwaltschaft mit deren Verfolgung zu beauftragen, 5. dem Landtag über das Ergebnis der Ermittlungen alsbald Bericht zu erstatten.

Der Antrag, den auch der Regierungsvorsteher begrüßt, wird einstimmig angenommen. Die Verhandlungen werden darauf bis auf weiteres vertagt.

Der amtliche preussische Pressedienst verbreitet zu den gestrigen Auskünften des „Vorwärts“ über das Resultat der Untersuchungen eine Erklärung der Regierung. Darin wird gesagt, daß der Schulpolizei vor ihrem Einmarsch nachdrücklich zur Mäßigkeit gemacht wurde, jede unvorschriftsmäßige Behandlung der Gefangenen unter allen Umständen zu unterlassen. Soweit trotzdem Rechtswidrigkeiten bekanntgeworden seien, habe die gerichtliche Untersuchung eingeleitet. Einzelne Fälle werden aufgeführt.

Dazu ist zu bemerken: Der Ausschuss hat festgestellt, daß gerade in den hauptsächlichsten Fällen von Mißhandlungen (Schulhofstraße, Schropflau, Verma) keine gerichtlichen Untersuchungen eingeleitet worden sind, daß ferner in anderen Fällen das Verfahren wegen mangelnder Beweise eingestellt wurde, ohne daß die vom Ausschuss gehörten Augenzeugen, die dem Gericht auch erreichbar gewesen wären, vernommen wurden.

Woher es kommt!

Essen, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Bei der Essener Schulpolizei werden in letzter Zeit Methoden angewandt, die die Beamten der Schulpolizei fast zur Verzweiflung treiben. Wir lesen darüber in der „Essener Arbeiterzeitung“ u. a. aus dem Brief eines Schulpolizeibeamten folgendes:

Am 26. September 1921 hatte die Nachrichtenbündelung der Schulpolizei vormittags Ausbildung im Waffendienst unter Aufsicht des Leutnants Keller. Klappete mal bei diesem oder jenem der eine oder andere Griff nicht sofort, so hieß es: „Reißen Sie sich zusammen, sonst werde ich Schleifen und nachgezogen lassen.“ Oder: „Reißen Sie Ihre Hämmerlein zusammen, sonst schmeiße ich Ihnen eine Rolle Stacheldraht ins Maul.“ Oberleutnant Voebke hat kürzlich den Beamten einen Vortrag gehalten, in dem er ihnen sagte, daß in Zukunft jedem, der sich krank melde, vom Arzt aber nicht krank geschrieben würde, als Strafe der Sonntagsurlaub entzogen werde. Major Pfeiffer meinte: „Schon bei unserem Auftreten müssen die Kommunisten die Augen im Leibe spüren.“

Auf diese Weise wird der Kampfergeist geächtet, der nach außen hin die „mohdischdisziplinierte Mäusertuppe“ schafft, nach innen hin aber zu jener Verrohung führt, wie sie gerade bei der rheinischen Schulpolizei vor dem Untersuchungsausschuss festgestellt wurde.

Der Kampf um die Schule.

Am Hauptauschuss des Preussischen Landtags wurde am Freitag die Beratung des Kultusetats fortgesetzt. Abg. Dr. Gottschalk (Dem.) will nicht den Restentum, aber auch nicht das allgemeine Menschliche in den Mittelpunkt gestellt wissen, sondern die deutsche Art usw.

Abg. Haenisch (Soz.): Der jetzige Minister will die Personalpolitik in anderem Geiste führen, als ich es getan habe. Wie er sie treiben will, hat er aber nicht gesagt. Trotz meiner ökonomischen Auffassung bin ich der Meinung, daß die

Personalpolitik in den Mittelpunkt der Reform

stehen muß. Mit neuen Formeln ohne neue Menschen kommen wir nicht weiter. Selbst Bismarck sagte: „Die besten Gesetze nützen nichts, wenn der Beamtenapparat verrotten.“ Die Beamten neuen Geistes brauchen nicht durchweg neue Männer zu sein; auch Beamte des alten Staates haben geistige Elastizität genug gezeigt. Leider ist das nicht die Regel, besonders nicht in den Provinzialverwaltungen. Die notwendige Personalpolitik zur Erneuerung dieses Geistes hat der Minister Beder nicht getrieben. Der Regierungsvorsteher in Arnberg hat nicht einen Herrn, der sein Vertrauensmann sein könnte. Den Schuch zeitgemäß denkender Oberlehrer hat Herr Beder vermessen lassen. Lehrer, die ihrer Treue zur Republik Ausdruck geben, werden oft in schamloser Weise bedrückt. Einen Lehrer, der historisch getreu in einer Versammlung über die Königin Luise sprach, wurde

Das Land ohne Regen. Das in Südafrika gelegene Betschuanaland genießt den fragwürdigen Ruhm, daß in den einzelnen Strichen des Landes nur alle 12 Jahre Regen fällt. Ueber diese ungewöhnliche meteorologische Erscheinung machte der italienische Missionar Vater Borte interessante Mitteilungen. „Es klingt unglaublich“, schreibt der Missionar, „aber es ist nichtabsweniger wahr: es regnet überall, nur nicht hier. Während in Transvaal und im Botsutoland Mais und Korn üppig stehen, kann man hier noch nicht einmal daran denken, so zu tun. Dürreperioden schilderte bereits vor rund 60 Jahren das Land als unfruchtbar, und im Laufe der Zeit hat sich daran nichts geändert. Dürreperioden Beobachtungen hatten den einwandfreien Beweis erbracht, daß im Betschuanaland nur alle 12 Jahre ein wirklich ausgiebiger, fruchtbringender Regen niedergeht. Die bisherigen Erfahrungen bekräftigen seine Angaben durchaus, und auch unsere eigenen Aufzeichnungen bekräftigen uns darüber, daß im Betschuanaland tatsächlich nur alle 12 Jahre Regenfall eintritt. Was das in einem Lande bedeutet, für dessen Bevölkerung Getreidebau und Viehzucht die Grundlagen des Lebensunterhaltes bilden, braucht nicht erst hervorgehoben zu werden. Das ganze Sinnen und Trachten der Bevölkerung ist denn auch nur auf die Regenfrage gerichtet, und auch die Religion der Eingeborenen besteht nur aus abergläubischen Bräuten, durch die sie Regen herbeizuladen suchen. Infolgedessen besitzen auch die Regenmacher den größten Einfluß, und die Eingeborenen warten in der Erwartung, daß ohne Regen ihre Arbeit in hoch unruhig ist, mit verdrückten Armen, bis die Regenmacher Erfolg haben. Ist das freudig erwartete Ereignis endlich eingetreten, dann herrscht im Lande, das dann auf reiche Ernten hoffen darf, eine Freude und heller Jubel.“

Frauenelbstmorde während des Krieges. Die Bewegung der Selbstmordtendenzen während der Prüfung und beim Vergleich im allgemeinen nur schwere Schläge auf die Ursachen zu. Aber die Ziffern über die weiblichen Selbstmorde in den Großstädten sind sprechend.

In den Städten mit über 100 000 Einwohnern stieg die Zahl der weiblichen Selbstmorde wie folgt: 1914: 1102, 1915: 1121, 1916: 1358, 1917: 1377, 1918: 1494. Man geht sicher nicht fehl, wenn man die Ursachen dieser Steigerung in der Gestaltung der sozialen Verhältnisse in den Großstädten während des Krieges sieht. Der Mangel an Lebensmitteln machte sich hier natürlich am stärksten bemerkbar. Die Zahl der in den Munitionsfabriken weit über das Maß ihrer Körperkräfte arbeitenden Frauen war ebenfalls in den großen Städten verhältnismäßig am größten. Diese besonders ungünstigen Verhältnisse werden die seelischen Voraussetzungen geschaffen haben, die jedes Jahr mehr Frauen in den freiwilligen Tod hehnen.

Große Volksober. Das 2. Abonnements-Konzert mit dem Philharmonischen Orchester in der Philharmonie am 4. November ist Richard Strauß gewidmet. Gustav Wechsungen dirigiert die Musikanten und Frau Eulenblegel. Barbara Kemp singt die drei Stimmen nach Händel als Aufführung.

Uranian-Vorstellung im Schauspieltheater. Die Urania hat mit der Fassung des Schloßparktheaters ein Abkommen dahingehend getroffen, daß am Sonntag, 3. November, um 4 Uhr regelmäßig Urania-Vorstellung im „Großen Saal“ gehalten werden, die den Besuchern der weiblichen Vorrede das reiche Material der Urania bekanntmachen sollen. Der erste Vortrag findet am Sonntag, den 30. nach, 4 Uhr, bei freiem Eintritt statt. Thema: „Von der Jungfrau zum Mann.“

der Geschichtsunterricht entzogen.

obwohl dienstlich nichts gegen ihn vorlag. Die Reaktion in den Provinzialverwaltungen hat wieder Oberwasser, weil sich das Kabinett stützen muß auf die Parteien der Rechten. Nationalistische Propaganda wird von manchem höheren Schulbeamten in einer Weise betrieben, die ein Wahnsinn und ein Verbrechen ist. Die Schuldlosigkeit Deutschlands am Krieg, die Dolchstoß-Legende usw. werden zu Schulaufgaben benutzt. Von den Erklärungen des Ministers zur Lehrerbildung sind wir nicht befriedigt. Er sprach von der Wichtigkeit der Rückbildung der deutschen Oberschule zu einem siebenstägigen Seminar. Der Minister betonte auch den geschlossenen Widerstand des Volkes gegen manche Lehrerbildungsforderungen, der aber in Wirklichkeit gar nicht besteht. Fortschritte, die vom Ministerium beabsichtigt sind, werden unsere Unterstützung finden, wo es rückwärts geht, wird die Sozialdemokratie mit scharfem Kampf antworten. — Minister Dr. Beder bestritt eine Rechtschwendung seiner Politik. — Fortsetzung der Generaldebatte Sonnabend.

Reichswirtschaftsrat und neue Steuern.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich mit einer Reihe der von den Ausschüssen durchberatenden neuen Steuervorlagen. Das Präsidium des Reichswirtschaftsrats hat sofort an das neue Kabinett ein Ersuchen um Auskunft über sein Steuerprogramm gerichtet. Es verläutet, daß das neue Kabinett bezüglich der Besteuerung andere Bahnen gehen will, als sein Vorgänger. Für die Beratung der Steuergesetze hat der Reichswirtschaftsrat folgenden Generalvorbehalt gemacht:

„Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat kann sich, auch bevor er an die Prüfung des Gesamtsteuervorhabens herantritt, der Aufgabe nicht entziehen, zu den von der Regierung vorgelegten einzelnen Steuergesetzen Stellung zu nehmen. Dabei kann sich seine Prüfung nur auf die Grundzüge und die Fassung der bisher vorgelegten Einzelgesetze erstrecken. Ob ein Einzelgesetz in den Rahmen des Gesamtsteuervorhabens hineinpaßt, oder welche Wirkungen auf die Ergebnisse anderer Steuergesetze eintreten, kann der Vorläufige Reichswirtschaftsrat naturgemäß erst dann entscheiden, wenn alle wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenhänge des Gesamtproblems von ihm geprüft sind.“

Ueber den Entwurf eines Kapitalverkehrssteuergesetzes berichtet Generaldirektor Dr. Waffow (Vertreter der Kleinbahnen und Straßenbahnen): Für die Börsenumsatzsteuer, die sehr erhebliche Erhöhungen erfahren soll, schlägt der Ausschuss eine andere Staffelung nach dem Kurswert der Aktien vor. Das Inkrafttreten des Gesetzes soll der Entwurf vom 16. Februar 1921 ab datieren; der Ausschuss hält einen früheren Termin als den 1. August nicht für zulässig. — Ohne Erörterung wird der Gesetzentwurf nach den Vorschlägen des Reparationsausschusses einstimmig angenommen.

Trowin (Arbeitgeber der Industrie) erstattet den Bericht des Reparationsausschusses über

die Umsatzsteuern.

Die Regierung will den Satz der allgemeinen Umsatzsteuer von 1% auf 3% verdoppeln. Der Ausschuss hat sich für 2% entschieden. Der Reparationsausschuss hat aber einen Satz von 2½% vorgeschlagen, mit Rücksicht auf die für Frankreich geplante Umsatzsteuer. Der Ausschuss hat die von der Regierung geforderte Aufhebung der bisherigen Steuerbefreiungen nicht im vollen Umfang gebilligt. Er will für die Einführung wichtiger Lebens- und Futtermittel eine Freiliste schaffen. Die Luxussteuer soll umgebaut werden nach Einkommen von Quoten eines Sonderlöhneauschusses des Reichswirtschaftsrats. Bäcklein (Direktor des Zentralverbandes der Konsumvereine) begrüßt einen Antrag der Verbrauchergruppe, den Umsatzsteuersatz nur auf 2% zu erhöhen. Die Erhöhung der Steuer belastet in erster Linie die Verbraucher und das ist besonders beim Lebensmittelverbrauch sehr bedenklich. Die Minderkräften werden durch diese furchtbare Steuer zum Hunger verurteilt, weil der letzte Verbraucher die Steuerbeträge aller Vorgänger auf dem Wege vom Produzenten bis zum letzten Verbraucher zu bedenken hat. Beim Brot zahlt der Konsument 2½% Umsatzsteuer für sein verkauftes Korn. Die arme Frau muß aber in ihrem Brotpreis 12½% Umsatzsteuern bedenken, die auf dem Wege über Müller und Händler bezahlt werden. Diese ganze Steuer, von der nur 60% dem Reiche zufließen, 40% hinterzogen werden, darf nicht bestehen bleiben, sondern muß bald einer gerechten Steuerreform weichen. (Beifall.)

Dr. Zeißler (Vert. der deutschen Schriftsteller): Im Hinblick der Notlage der Angehörigen der freien Berufe beantragen wir, daß bei einem Einkommen aus Gewerbe und Beruf von nicht mehr als 50 000 M. auf Antrag des Umsatzsteuerpflichtigen die Umsatzsteuer auf die Einkommensteuer angerechnet ist. Der Ausschuss und Schriftsteller wird wohl selten die Möglichkeit haben, die Umsatzsteuer auf sein Honorar aufzuschlagen.

Markus (Vert. der bildenden Künste) wünscht Milderung bei der Luxussteuer für Erzeugnisse der bildenden Kunst. Tarnow (Vor. des Deutschen Holzarbeiterverbandes) unterstützt den Antrag Bäcklein und erklärt, die Arbeitnehmervertreter machten ihre Zustimmung zur Umsatzsteuer von einer

schärferen steuerlichen Erfassung des Besitzes abhängig.

Wir behalten uns vor, nach Erlebung der Einzelvorlagen zu dem Gesamtplan der Steuervorlagen Stellung zu nehmen.

Cohen (von der Reichsregierung ernannt) bittet trotz aller guten Gründe gegen die Idee der unerschöpflichen Umsatzsteuer überhaupt abgelehnt der Finanznot des Reiches an dem Ausschussvorstoß festzuhalten. Im Reichstag wird die sozialdemokratische Fraktion sicher für 2½% einstimmen.

Geheimrat Jakob vom Reichsfinanzministerium erklärt namens der Regierung, daß diese durch die Verhandlungen sich überzeugt habe, daß 3% zu hoch sind und sich mit 2½% einverstanden erklärt. Einer weiteren Erhöhung muß sie widersprechen. Es würde eine Ausnahme von dem Prinzip des Umsatzsteuergesetzes sein, das die freien Berufe miteinbezieht, es müßten dann z. B. auch Kaufleute verschont werden, denen die Abwälzung nicht gelingt.

Der Antrag Bäcklein und Gen. auf Herabsetzung der Umsatzsteuer auf 2% wird angenommen.

Abgelehnt wird der Antrag Lange auf Steuerbefreiung der Handelsagenten. — Angenommen werden die Anträge Dr. Mener und Gen. auf Freiklassung der aus dem Meere eingebrachten Fische und Dr. Buther und Gen. auf Befreiung von Elektrizität, Gas und Wasser durch zusammenhängende Leitungen mehrerer Unternehmungen nur bei der ersten Lieferung. — Der Antrag Dr. Zeißler auf Anrechnung der Umsatzsteuer auf „Sonstige Leistungen“ auf die Einkommensteuer bei einem Einkommen aus Gewerbe und Beruf von nicht mehr als 50 000 M. (freie Berufe) wird abgelehnt. — Der Antrag Markus betreffend Milderungen der Luxussteuer für Erzeugnisse der bildenden Kunst wird angenommen. Den Beschlüssen des Reparationsausschusses bzw. seines Untersuchungsausschusses wird mit Ausnahme des durch Annahme des Antrages Bäcklein erledigten Antrages zugestimmt. Eine Entschließung Siemens, die einen Ausbau der Umsatzsteuer verlangt, wird angenommen.

Sodann berichtet Gewerkschaftsführer Krell über das Körperschaftsteuergesetz. Der Ausschuss hält die Mehrbesteuerung der Körperschaften in gefordertem Umfang für zuträglich, die Besteuerung der Gesellschaftsgewinne ausschließend an der Quelle, für erstrebenswert. Die Regierung wird erludt, schließlich einen neuen Entwurf auszuarbeiten und die Wünsche des Reichswirtschaftsrats zu berücksichtigen. Das Haus schließt sich diesen Vorschlägen an.

Der von Geheimrat Dr. Schwarz erstattete Bericht über das Vermögenssteuergesetz, das Vermögenszufluchtsteuergesetz usw. findet die Zustimmung des Hauses.

Die Gesamtabstimmung über die Vermögenssteuergesetzesentwürfe wird auf Sonnabend vertagt. Ein Antrag heute auf Auf-

hebung der Steuerbefreiung der Reichs-, Länder- und Gemeindeverbände für gewerbliche Unternehmungen von der Umsatzsteuer, wird abgelehnt. Die Regierung soll prüfen, ob die Befreiungsvorschriften für die Elektrizitätswirtschaft fortlassen können, ohne die Gemeindefinanzen stark zu gefährden.

Die Beisitzer zum Staatsgerichtshof.

Der Reichsrat hat in seiner Sitzung vom 27. Oktober die Wahl von fünf Beisitzern zum Staatsgerichtshof und ihrer Stellvertreter vorgenommen. Es wurden gewählt als Beisitzer: Universitätsprofessor Dr. Smend in Bonn, Staatsminister a. D. v. Seidlein in München, Präsident des sächsischen Oberverwaltungsgerichts v. Köstlin in Dresden, Oberlandesgerichtspräsident Mandry in Stuttgart und Oberverwaltungsgerichtsrat Dr. Frenken in Köln und Dr. Best in Darmstadt, die Universitätsprofessoren Dr. Anshütz in Heidelberg, Dr. Laun in Hamburg und Dr. Genzmer in Rostock.

Diese Personalauswahl scheint uns keineswegs glücklich. Man hat fast ausschließlich Juristen genommen, die — bei allen anzuerkennenden Fachkenntnissen — erfahrungsgemäß mit ihrer Gesamtpersönlichkeit im Geist des alten Obrigkeitstaates wurzeln. Einzelne Ausnahmen, wie Professor Anshütz, bestätigen die Regel. Ein Staatsgerichtshof aber soll sich nicht durch juristische Tiefen, sondern durch gesundes politisches Empfinden auszeichnen.

Die Brotversorgung gesichert.

Oldenburg, 28. Oktober. (W.B.) Die Konferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsminister hat sich heute nach der Aussprache über die Kartoffelversorgung mit der Frage der Brotgetreideversorgung beschäftigt. Der Präsident der Reichsgetreidekasse berichtete über den Stand der Ablieferung von Unmengengetreide. Bis zum 15. Oktober war die laut Gesetz bis zu diesem Zeitpunkt verlangte Menge an abgeliefertem Getreide — Gesamtumlage — erheblich überschritten. Die Ablieferung bis einschließlich zum 25. Oktober betrug 1 065 802 Tonnen gleich 43 Prozent der Gesamtumlage. Schon dieses statistische Ergebnis der Erfassung sichert zusammen mit der getätigten Einführung die Brotversorgung bis zum Frühjahr. Die Konferenz sprach sich dahin aus, daß mit allem Nachdruck die weitere Einbringung der Umlage betrieben und gegen schuldhaftes säumige Landwirte unanfechtlich mit den gesetzlichen Handhaben vorgegangen werden solle. Die nächste Konferenz findet in Darmstadt statt.

Gegen den Wucher!

Essen, 28. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirksausschuss der freien Gewerkschaften für Essen-Stadt und Land hatte heute nachmittags zu einer Kundendemonstration gegen den Lebensmittelmacher aufgerufen. Tausende von Arbeitern, Beamten und Angestellten nahmen an der Demonstration auf dem Gerningplatz, wo die Gewerkschaftsführer in kurzen Reden das schamlose Treiben der Wucherer brandmarkten, teil. Ein riesiger Demonstrationzug, in dem massenhaft Schilder, die sich gegen den Wucher richteten, mitgeführt wurden, kennzeichnete diese Erregung der wertvollen Bevölkerung des Industriegebiets und den Ernst der Lage. Möge die Regierung das Gebot der Stunde beherzigen. Die machtvolle Kundgebung verlief in größter Ordnung.

Oberschlesien und die Frauen.

Auf der Frauenkonferenz in Görtz wurde eine Entschließung angenommen, deren wesentlicher Teil lautet:

Die Genossinnen der gesamten deutschen Republik haben mit dem größten Mitgefühl die Weiden Oberschlesiens in den vergangenen Monaten verfolgt; sie sind stolz auf die würdige Art, in der sie gerade von der klassenbewußten Arbeiterklasse einschließend der ober-schlesischen Genossinnen getragen werden.

Unseren ober-schlesischen Schwestern unsere herzlichsten Grüße, in der Hoffnung, daß die Leidenszeit bald vorüber sein möge, und die Frauen und Mütter Oberschlesiens zusammen mit uns allen einer glücklichen Zukunft entgegenzusehen, einer Zukunft, in der wir gemeinsam arbeiten werden an der Überwindung des nationalstolischen Hasses durch den Sozialismus.

Nun ist es doch wahr geworden, was wir nicht glauben wollten, was zu glauben sich unser Gefühl sträubte. 220 000 ermordete Männer und Frauen nebst ihren Kindern, zum größten Teil der Arbeiterklasse zugehörig, wurden gegen ihren klar ausgesprochenen Willen polnisch.

Das ober-schlesische Volk, seine Frauen und Kinder haben einen langen Schmerzensweg hinter sich — und dieser Weg hat wahrscheinlich noch nicht sein Ende erreicht. Zu der politischen Ungewißheit gesellte sich materielle Not. Um der Ueberzeugung willen aus der Heimat getrieben, vielfach aus dem Beruf gerissen, aller Habe beraubt, irren viele umher — Flüchtlinge — angewiesen auf die Hilfe ihrer Mitmenschen. Der Strom der Flüchtlinge wird sich vermehren. Viele werden in dem enger gewordenen Deutschland die Heimat suchen.

Die sozialdemokratischen Männer und Frauen wissen, was Frauennot und Kindereid heißt, wissen, daß einem solchen großen Elend nur durch außergewöhnliche Maßnahmen, die von breiten Volksschichten getragen werden, gesteuert werden kann. Darum entziehen sie sich trotz eigener Not dem „Oberschlesischen Hilfswerk“ nicht. Hauptauschuss für Arbeiterwohlfahrt. A. A.: Marie Juchacz.

Die norwegischen Wahlen.

Kristiania, 28. Oktober. (W.B.) Vorläufiges Ergebnis der Storting-Wahlen: Rechtsparteien 298 000 Stimmen, Kommunisten 185 000, Linkspartei 175 000, Bauernbund 117 000, Sozialdemokraten 84 000, Arbeiterdemokraten 23 000. Danach die voraussichtliche Stärke der Fraktionen: Rechtsparteien 56 (bisher 50), Linke 37 (51), Kommunisten 29 (9), Bauernbund 18 (3), Sozialdemokraten 8 (9), Arbeiterdemokraten 2 (3). Mehrere Abgeordnete des Bauernbundes gehören zu den Rechtsparteien. Das Regierungsblatt „Dagbladet“ schreibt: Die jetzige Linkregierung wird jedenfalls bleiben bis der neue Storting im Januar zusammentritt. Wenn eine Partei eine neue Regierung wünscht, muß der neue Storting die Initiative dazu ergreifen.

Aufreubr an der Wolga.

Kopenhagen, 28. Oktober. (W.B.) „Berlingske Tidende“ wird aus Helsingfors telegraphiert: Nach einem offiziellen Bericht aus Moskau ist am 18. Oktober an der Wolga ein Aufreubr ausgebrochen. Die Aufreubter bestiegen Kasan; die Garulson schloß sich den Aufreubtern an, die aus Kasan, deutschen Kolonisten, Kirgisen und Tataren bestehen und von zaristischen Offizieren geführt werden.

Saargebiet für Oppau. Die Regierungskommission des Saar-gebiets hat der Reichsregierung für die Opfer des Oppauer Unglücks eine Spende im Betrage von 100 000 Mark überwiesen. Sie ist dem Reichshilfsausschuss für Oppau zur Weitergabe an die örtlichen Behörden überwiesen worden.

• Ausgereift und köstlich •

Arztlich empfohlen für Blutarme, Bleichsüchtige, Geschwächte; sehr angenehm von Geschmack. In Apotheken.

